

**Giftmülldeponie Münchehagen**

Schaumburger Wochenblatt 4. 7. 89

# Initiativgruppen fordern sofortige Auskoffierung und langfristige sichere Lagerung des Giftmülls

**Gemeinsames Sanierungskonzept soll Druck auf die Landesregierung ausüben**

MÜNCHEHAGEN (ro). Vier Bürgerinitiativen und die Grünen stellten kurz vor Jahresfrist der niedersächsischen Presse ein gemeinsames Sanierungskonzept für die Giftmülldeponie Münchehagen vor. Die Deponie, in der 400 - 500 Kubikmeter Giftmüll lagern, soll so schnell wie möglich ausgekoffert und in einem nach allen Seiten sicher abgedichteten Bauwerk kontrollierbar zwischengelagert werden. Die Konzeption soll von den Grünen im Landtag vorangetrieben werden. Die Sprecher der Initiativen verlangten, daß die Landesregierung spätestens in zwölf Monaten einen Sanierungsplan vorlegt.

Hans Mönninghoff (Grüne) stellte das gemeinsam von der Bürgerinitiative gegen Giftmüll Münchehagen, Ag. Bürger gegen Giftmüll Münchehagen/Petershagen, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, dem Landesverband der Bürgerinitiativen Niedersachsen und der Grünen (Landtag, Landkreise Nienburg, Schaumburg und Minden-Lübbecke) erarbeitete Sanierungskonzept den Journalisten vor. Basierend auf den letzten Untersuchungen stellte er fest, daß die früher angenommene Einkapselung des Deponiegutes durch die anste-

henden Tortschichten nicht ausreicht, wodurch nicht ausgeschlossen werden kann, daß es zu Grundwasser- und Umgebungsverseuchungen kommt. Somit stellt die Deponie, in der laut Gerichtsurteil Giftmüll illegal eingelagert wurde, ein erhebliches Gefahrenpotential für die Bevölkerung der Region dar, denn zum Teil handelt es sich um hochbrisante Stoffe.

Aus diesen Gründen forderte er die niedersächsische Landesregierung im Namen der Initiativen auf, daraus folgende Konsequenzen zu ziehen. Um zu verhindern, daß die Schadstoffe

weiterhin in das Grundwasser gelangen, soll der Müll kurzfristig ausgekoffert und langfristig sicher gelagert werden. Die Lagerung soll vollständig kontrollierbar und reparierbar erfolgen, auch eine spätere Aufarbeitung muß möglich bleiben.

Eine Sanierungskommission, in der neben den Fachbehörden auch die regionalen Körperschaften und die Bürgerinitiativen vertreten sind, soll den Sanierungsplan unter der Maxime der geringstmöglichen Gefährdung für die Bevölkerung und der ausführenden Bauleute begleiten.

Sofort gestoppt werden soll das von der Landesregierung beschlossene und laufende »Schlitzwand-Programm«, da es neben technischen Mängeln auch keineswegs die Auflagen des Verwaltungsgerichtsurteils vom 5. Dezember erfüllt. Für alle Beteiligten scheidet ebenfalls eine Koppelung der Auskoffierung mit Plänen für eine Verbrennungsanlage in der Region Münchehagen aus. Langfristig gesehen würde eine solche Anlage zusätzlich große Mengen Giftmüll aus anderen Regionen

aufnehmen und eine solche weitere Belastung der Bevölkerung im Raum Münchehagen hielt der Initiativsprecher für unzumutbar.

Er wird vielmehr die Landesregierung auffordern, der Region durch eine besondere Förderung kommunaler Entwicklungsprojekte zu helfen. Durch die Folgen der verfehlten Chemie- und Industriepolitik ist Münchehagen zu einem negativen Begriff in der Öffentlichkeit geworden, so daß die Hilfsleistung auch nicht vor der Ländergrenze Nordrhein-Westfalens stoppen soll.

Mit dem Konzept als gemeinsamer Plattform soll der Druck gegenüber der Regierung wirksamer werden, denn je weniger Zeit verstreicht, desto mehr ist der Sicherheit gedient. Doch man sah der Realität ins Auge und schätzte, das fünf bis sechs Jahre vergehen werden, bis der Giftmüll langfristig sicher gelagert ist. »Bis dahin werden wir mit der schleichenden Vergiftung des Grundwassers leben müssen«, beurteilte ein Ortsansässiger den langwierigen Verwaltungsweg. Foto: ro



Hans Mönninghoff (re.) stellte das Sanierungskonzept mit Unterstützung anderer Initiativenvertreter vor.

## Münchehagen

Die Grünen und die Münchehäger Bürgerinitiativen präsentierten der Presse gestern ein Konzeptpapier zur Sanierung der umstrittenen Giftmülldeponie. Danach soll der verseuchte Boden schnellstmöglich ausgekoffert und anschließend sicher gelagert werden.

# Sofort auskoffern und sicher lagern

## Bürgerinitiativen, Verbände und Grüne legen Sanierungskonzept vor



Hans Mönninghoff, Mitgliedtagsabgeordneter der Grünen.

Münchhegagen (kp). Nach Meinung der Umweltschützer ist es schon fast zu spät: Sie fordern jetzt vehement eine „kurzfristige Auskofferrung der Sondermülldeponie Münchhegagen und eine langfristig sichere Lagerung der Giftabfälle“, um damit die Katastrophe zu verhindern, die sonst langsam, aber unabwendbar auf die Menschen im Umfeld der Deponie zukommen wird. Hans Mönninghoff, umweltpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag, trug der Presse

schlossen werden, daß es zu Grundwasser- und Umgebungskontaminationen kommt. Nach dem Urteil des Verwaltungsgericht Hannover vom 5. Dezember 1988 ist der Giftmüll in Münchhegagen illegal eingelagert, und die zuständigen Behörden sind verpflichtet, die Folgen der rechtswidrigen Einlagerung so schnell wie möglich zu beseitigen. Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, daraus folgende Konsequenzen zu ziehen:

### Kurzfristige Auskofferrung des Mülls und langfristig sichere Lagerung

Um zu verhindern, daß Schadstoffe weiterhin in das Grundwasser austreten, ist es erforderlich, den Giftmüll so schnell wie möglich aus dem Grundwasserkontaktbereich auszukoffern und so zu lagern, daß folgende Kriterien erfüllt werden.

Es muß ausgeschlossen sein, daß Niederschlagswasser und Grundwasser in Kontakt mit dem gelagerten Müll gelangen.

Es muß ausgeschlossen sein, daß Restfeuchtigkeit aus dem gelagerten Müll unkontrolliert in die Umwelt bzw. in das Grundwasser gelangt. Auftretendes Sickerwasser muß aufgefangen und sämtliche Schadstoffe müssen zurückgehalten werden.

Es muß ausgeschlossen sein, daß die Ausgasungen aus dem Müll unkontrolliert und unbehandelt in die Luft entweichen. Dazu muß das vollständig erfaßte Gas u. a. so behandelt werden, daß sämtliche organischen Verbindungen zerstört werden und sonstige anorganische Schadstoffe durch Filtermaßnahmen zurückgehalten werden.

Die notwendige Lagerung muß langfristig sicher sein. Das erfordert eine von allen Seiten her vollständige Kontrollierbarkeit.

Da alle Baustoffe nur eine begrenzte Lebensdauer haben, ist eine vollständige Reparierbarkeit des Lagerungsbauwerkes erforderlich.

Der Müll ist so zu lagern, daß eine spätere Aufarbeitung möglich ist, wenn sich erweist, daß dies aus Sicherheitsgründen sinnvoll und technisch durchführbar ist.

### Sofortige Erstellung eines Sanierungsplanes

Die zuständigen Behörden erstellen innerhalb

von zwölf Monaten unter Hinzuziehung des international verfügbaren Sachverständigen ein Sanierungsplan für die Deponie. Dieser ist Grundlage für das sich anschließende Planfeststellungsverfahren.

Die Erstellung des Sanierungsplans wird kontinuierlich durch eine „Sanierungskommission“ begleitet, in der neben den Fachbehörden die regional betroffenen Körperschaften und die örtlichen Bürgerinitiativen beteiligt sind. Die Kommission bearbeitet u. a. Einzelheiten des Auskofferrungsverfahrens unter der Maxime der geringstmöglichen Gefährdung für die Bevölkerung und die ausführenden Bauleute (z. B. Einleitung des Gefrierfahrens).

Da das von der Landesregierung beschlossene „Sanierungsprogramm“ gegen die Auflage des Verwaltungsgerichtes verstößt, werden die Arbeiten an dem Schlitzwand-Bauprogramm eingestellt.

### Sicherung und Sanierung der Deponieumgebung

Schon jetzt sind von der Deponie größere Mengen Schadstoffe in die Umgebung gelangt. An notwendigen Maßnahmen zur Gefahrenbeseitigung sind zu ergreifen. Die Umfelduntersuchungen zur schon jetzt bestehenden Gefährdung, die in der im Bereich der Deponie wohnenden Menschen und den Anbau landwirtschaftlicher Produkte sind intensiviert fortzusetzen.

### Keine Kopplung der Auskofferrung mit Plänen für Verbrennungsanlagen

Es scheidet aus, die Altlast erst dann zu beseitigen, wenn sie in einer dafür im Raum Münchhegagen errichteten Hochtemperaturverbrennungsanlage (HTVA) verbrannt werden kann.

Durch eine Verbrennungsanlage und die dafür notwendige Aufarbeitungsfabrik, wo verbrennbare und nichtverbrennbare Stoffe getrennt werden, entstehen massive neue Umweltprobleme.

Es muß wegen der aus technischen Gründen absehbaren Mindestgröße damit gerechnet werden, daß eine im Raum Münchhegagen errichtete HTVA zusätzlich große Mengen Giftmüll aus anderen Regionen aufnehmen müßte. Dies ist die Bevölkerung in dieser durch die Alrdeponie schon belasteten Region unzumutbar.

### Besondere Förderung der Region Münchhegagen

Die Region Münchhegagen hat durch die Folgen der verfehlten Chemie- und Industriepolitik der Vergangenheit erhebliche Nachteile erlitten. Die Landesregierung wird aufgefordert, Versuch eines Ausgleiches den betroffenen Personen und Gemeinden (sowohl in Niedersachsen als auch in Nordrhein-Westfalen) im Einzelnen und durch eine besondere Förderung kommunaler Entwicklungsprojekte finanziell zu helfen.

Sanierungskonzept für die Giftdeponie vor. Das Konzept, das am 23. Januar als Antrag in den Umweltausschuß des Landtages geht und anschließend im Parlament behandelt werden soll, wird gegen die Bürgerinitiative gegen Giftmüll in Münchhegagen, von der Arbeitsgemeinschaft Bürger gegen Giftmüll Münchhegagen/Petershagen, vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), vom Landesverband der Bürgerinitiativen und von den Grünen im Landtag und in den Landtagen in Nienburg, Schaumburg und Minden-Lübbecke.

Das Papier sieht vor, daß „irgendwo in der Nähe“ der Sondermülldeponie ein ebenerdiges „Bauwerk“ erstellt wird, in dem der Sondermüll kontrolliert gelagert werden kann, bis eine spätere Aufarbeitung möglich ist. Kostenpunkt: wahrscheinlich rund zwei Milliarden Mark.

Nachfolgend das Sanierungskonzept der Umweltschützer und ihre Forderungen:

### Ausgangssituation

Die Deponie Münchhegagen, in der 400- bis 600.000 m<sup>3</sup> zum Teil hochbrisanter Giftmüll lagern und deren Umgebung mit Schadstoffen kontaminiert ist, stellt für die in dieser Region lebende Bevölkerung und die Umwelt ein erhebliches Gefahrenpotential dar. Die früher angemessene Einkapselung des Deponiegutes durch die anstehenden Tonschichten besteht nicht ausreißend. Dadurch kann nicht ausge-



Ministerpräsident Dr. Albrecht bei einem Neujahrsempfang im Kloster Loccum: Umweltschützer machen auf die Gefahren der Sondermülldeponie Münchhegagen aufmerksam. GA-Archivfoto: Poll

General-Anzeiger

5.1.89